

# CHINA IN AFRIKA

Chance oder Bedrohung?



9. Mai 2019

Herausgeber:

Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Möllwaldplatz 5/3, 1040 Vienna, [www.vidc.org](http://www.vidc.org)

Verfasser: Henrik Feindt

Redaktion: Martina Neuwirth

Copyright Fotos: Shutterstock/Akarat Phasura (Titelblatt), Karolin Pernegger

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.

Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus-Kampagnen.

Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer\*innen und Besucher\*innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

# Bericht

China investiert seit einigen Jahrzehnten immer mehr und immer rasanter in afrikanische Länder – baut Infrastruktur, importiert Rohstoffe und exportiert chinesische Produkte. Welche politischen und ökonomischen Folgen, Chancen und Risiken birgt dies für die afrikanischen Länder und wie gehen diese damit um? Diese Fragen wurden unter der Moderation von **Karin Fischer**, VIDC/Mattersburger Kreis, in der Veranstaltung „China in Afrika – Chance oder Bedrohung?“ diskutiert.

**Martina Neuwirth**, VIDC, betonte zunächst, dass das Interesse an Chinas globaler ökonomischer Aktivität zunehme. Der VIDC habe daher bereits zwei Veranstaltungen über Chinas Ökonomie organisiert, zunächst 2017 über Chinas Wirtschaftspolitik. Hier sei unter anderem festgestellt worden, dass mit dem Sinken der Wachstumsraten chinesisches Kapital zunehmend profitablere



Anlagemöglichkeiten suche – weltweit. In der Veranstaltung zu Beginn des Jahres 2018 sei es dann um Chinas internationale Wirtschaftspolitik, insbesondere um die sogenannte „Neue Seidenstraße“ gegangen. Gerade für die „China in Afrika“-Veranstaltung sei es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass der Nettokapitalexport aus China ein sehr junges Phänomen sei, denn lange Zeit sei China vor allem ein Zielland von Investitionen

gewesen. Obwohl China bereits in den meisten afrikanischen Länder Infrastrukturinvestitionen tätige, werde dieses wichtige Thema oft noch vernachlässigt. Daher solle die aktuelle VIDC-Veranstaltung den Fragen nachgehen, warum China in Afrika investiere und wie bzw. ob afrikanische Länder hiervon ökonomisch, ökologisch und sozial profitieren könnten.

**Jue Wang**, Forscherin an der Universität Leiden, begann mit der Feststellung, dass die Beziehungen zwischen China und Afrika sehr jung seien. Anders als in Bezug auf Europa oder Amerika hätten sich chinesisch-afrikanische Beziehungen erst in den letzten fünf Jahrzehnten stärker herausgebildet. Während der 1950er bis in die 1970er Jahre sei Chinas Politik gegenüber Afrika dabei von sozialistischer Ideologie geprägt gewesen. Es habe vor allem Beziehungen zu anderen sozialistischen Ländern unterhalten und habe beispielsweise ein wichtiges, bis heute existentes Eisenbahnnetz in Tansania finanziert.

Im Zuge der Bandung Konferenz im Jahr 1955 habe die Volksrepublik China zum ersten Mal die geopolitische Bühne explizit als Entwicklungsland betreten. Dass sich diese Selbstpositionierung seit den 1980ern radikal geändert habe, zeichnete Wang anhand von Chinas gewähltem Entwicklungspfad, des Handels und der Investitionspolitik nach. Die Situation habe sich in dieser Zeit aufgrund des markt- und wachstumsorientierten Entwicklungspfades von China stark geändert. Die vormaligen

sozialistischen Beziehungen wären in der neuen Ideologie als nicht mehr rational erschienen, was zu einer Minimierung des gegenseitigen Austauschs geführt habe. So sehr, dass Einige sogar von einer Vernachlässigung dieser Beziehungen gesprochen hätten.

Aufgrund des Wachstums der chinesischen Ökonomie seit den 1990er Jahren und spätestens seit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) wäre das Bedürfnis nach Absatzmärkten aber immer stärker geworden. Chinas Rolle als Werkbank der Welt habe zu einer Reintensivierung der Beziehungen mit Afrika geführt. Denn aus den gleichen Gründen sei auch das Bedürfnis nach Ressourcen in dieser Zeit stark gestiegen. Insgesamt sei die Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Afrika also eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

In Bezug auf den Handel sei festzuhalten, dass Afrika vor allem Rohstoffe nach China exportiere, während China vor allem verarbeitete Produkte nach Afrika exportiere. Bei Letzteren habe sich der Technologieanteil kontinuierlich erhöht – seien es anfangs noch einfachere Produkte gewesen, kämen gegenwärtig etwa chinesische Mobiltelefone dazu. In ähnlicher Weise seien die Investitionen von China in Afrika in den letzten zwei Jahrzehnten drastisch angestiegen. Dies habe unterschiedliche Gründe. Hier sei die Sättigung des internen chinesischen Marktes genauso zu nennen wie die staatliche Exportförderung, die angesichts des WTO-Beitritts Chinas das Ziel gehabt habe, die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen zu stärken. Die Sektoren, in denen investiert worden sei, hätten sich dabei mit der Zeit vermehrt: Waren es zunächst noch vor allem der Energie- und der Rohstoffsektor, seien schon bald Landwirtschaft und Fischzucht ebenso wie der Infrastrukturbereich dazu gekommen, seit Neuestem sogar die verarbeitende Industrie. Gerade Letzteres führe vermehrt zu Wissenstransfers von chinesischen zu afrikanischen Unternehmen. Es sei daher sehr wünschenswert, dass dieser Trend fortgesetzt werde.



Eine wichtige Strategie chinesischer Investitionspolitik seien Freihandelszonen. Mit diesen hätte China selbst in den späten 1970er und 1980er Jahren positive Erfahrungen gemacht. Daher versuche man, diese nun in Afrika zu replizieren. In Freihandelszonen würden attraktive Steuer- und arbeitsrechtliche Bedingungen für Unternehmen geschaffen, um so ausländische Investitionen anzuziehen. Manche dieser Projekte würden funktionieren, andere jedoch nicht. Die große Herausforderung bestünde daher darin, die Projekte zu ‚lokalisieren‘, also an die Bedürfnisse vor Ort anzupassen.

Eine weitere Herausforderung für chinesische Unternehmen sei der Umgang mit lokalen Machtnetzwerken. Diese seien für die Unternehmen oft nur schwierig einzuschätzen, was Probleme in der Projektimplementierung nach sich ziehe. Ebenso würden die ökologischen und sozialen Folgen der Wirtschaftsaktivitäten von chinesischen Unternehmen in Afrika oft nicht adäquat berücksichtigt. Dies sei ein Problem, weil es zu anti-chinesischen Einstellungen seitens der lokalen Bevölkerung führe. Ein wichtiger Punkt, nämlich die oft als sehr negativ empfundene Beschäftigungspolitik chinesischer

Unternehmen, die hauptsächlich Arbeitskräfte aus China beschäftigen würden, bessere sich aktuell. Denn für einfache Arbeiten würden zunehmend lokale Arbeitskräfte eingestellt – auch, weil chinesische teurer würden. Dies müsse ausgebaut und ein größerer Anteil der Belegschaft aus lokalen Arbeitsmärkten rekrutiert werden. So könne man auch die bereits angesprochene ‚Lokalisierung‘ gewährleisten. Für diese Probleme gebe es durchaus ein Bewusstsein in chinesischen Unternehmen und der Politik; es bleibe abzuwarten, wie sie darauf reagieren.

Auf die Ankündigung Karin Fischers, dass nun eine afrikanische Perspektive präsentiert werde, antwortete **Anzette Were**, Entwicklungsökonomin aus Kenia, dann gleich zu Beginn ihres Vortrags, dass es so etwas nicht gebe: jede\*r Afrikaner\*in und jede afrikanische Regierung habe ihre eigene Perspektive auf die Frage, wie mit China interagiert werden solle.

Es gebe verschiedene Gründe, warum Chinas Rolle in Afrika so rasant zunehme. Da sei zunächst die historische Tatsache, dass China keine koloniale oder imperiale Vorgeschichte in Afrika habe. Zudem



würde China, anders als der Westen, auch keinen definitiven Weg vorschreiben, den afrikanische Länder zu folgen hätten, um sich zu entwickeln. China habe nicht nur ein Bewusstsein für die Verschiedenheit der Bedingungen in den unterschiedlichen Ländern, sondern auch dafür, dass das, was in China funktioniert habe, nicht überall sonst funktionieren müsse. Drittens komme es in dieser Hinsicht also auch nicht zu einer Infantilisierung

afrikanischer Regierungen durch eine ökonomisch überlegene Macht. Dies würden afrikanische Regierungen China hoch anrechnen.

Die Gründe für Chinas verstärkte ökonomische Präsenz in Afrika lägen außerdem in vorhandenen und noch wachsenden Märkten in Afrika. Denn im Durchschnitt würde der Wohlstand pro Kopf in Afrika steigen. Ein weiterer Grund sei, wie bereits von Jue Wang angeführt, die Sättigung chinesischer Märkte und die daraus folgende Außenorientierung z.B. chinesischer Baufirmen. Dass die Handelsbilanz zwischen Afrika und China ungleich sei – dass also Afrika hauptsächlich unverarbeitete Güter exportiere und verarbeitete Produkte importiere – sei ein grundlegendes strukturelles Problem afrikanischer Ökonomien und kein Spezifikum der Beziehung mit China. Schließlich betonte Were, es sei wichtig, zwischen der chinesischen Regierung und dem chinesischen Privatsektor zu differenzieren. Letzterer sehe zunehmend eine Chance, in afrikanischen Märkten Fuß zu fassen, sich zu ‚lokalisieren‘ und dementsprechend Produkte anzubieten, die diesen Märkten entsprächen.

Die Investitionen in den Infrastruktursektor seien zunächst vor allem aus zwei Gründen getätigt worden: um Rohstoffe aus Afrika zu exportieren und um Güter nach Afrika zu importieren. Dies entwickle sich kontinuierlich weiter, andere Bereiche der Zusammenarbeit kämen hinzu. Das afrikanische Infrastrukturdefizit, das Anzette Were mit 130 Milliarden US-Dollar jährlich bezifferte, sei gigantisch. Dies komme nicht zuletzt von der immensen Größe Afrikas: Afrika sei so

groß wie China, die USA, Indien und weite Teile Europas zusammen. Kwame Nkrumahs Vision von einem vereinten Afrika, die von vielen heutigen afrikanischen Regierungen und Afrikaner\*innen geteilt werde, stünde schon allein wegen dieser Infrastrukturfrage vor großen Herausforderungen, ganz abgesehen von (handels-)politischen Problemen. Da nun aber aus afrikanischer Perspektive China nicht für immer Afrikas Infrastruktur bauen solle, sei es wichtig, dass hier ein Wissenstransfer stattfinde.

Es gebe drei große Probleme in Bezug auf das chinesische Engagement im afrikanischen Infrastruktursektor: Ersten die Frage nach der Finanzierung und der damit zusammenhängend der Rentabilität von Projekten. Als Beispiel führte Were Eisenbahnprojekte in Kenia sowie zwischen Äthiopien und Djibouti an, bei denen es von Beginn an Besorgnis über die Höhe der Projektkosten wie auch die Finanzierung der Kreditrückzahlungen gab. Auch würden chinesische Kredite dafür kritisiert, Korruption zu fördern. Schließlich würde sich, wie Jue Wang bereits angedeutet habe, auch die Frage nach den ökologischen und sozialen Auswirkungen stellen. So würde etwa die angesprochene Eisenbahnstrecke in Kenia durch ein Naturreservat führen.

Während anfangs vor allem staatliche chinesische Unternehmen bzw. (später) chinesische Firmen aus dem Privatsektor mit staatlicher Hilfe investiert hätten, gebe es aktuell ein zunehmendes Interesse chinesischer Firmen, selbst in Afrika zu investieren und in diesen Märkten Fuß zu fassen. Anzette Were betonte ebenfalls, dass es in der jüngsten Vergangenheit vermehrt zu Wissenstransfers gekommen sei und auch vermehrt lokale Arbeitskräfte von chinesischen Unternehmen eingestellt würden.

Ein großes Problem sei, dass die Verträge, die zwischen afrikanischen Regierungen und der chinesischen abschlossen werden, für die Bevölkerung nicht einsehbar seien. Bei der Höhe der vereinbarten Kredite sei das aber durchaus notwendig und würde zunehmend von der Bevölkerung, die die Kredite ja zurückzahlen müsste, eingefordert.

Ein weiteres Problem sei der Mangel an Sorgfaltspflichten bei der Finanzierung insbesondere von Infrastrukturprojekten. Von Seiten der chinesischen Regierung habe man das erkannt und Xi Jinping das Problem im Vorjahr auf FOCAC (Forum on China-Africa Cooperation) auch öffentlich angesprochen. Anzette Were bekräftigte, dass die Überprüfung der Verwendung von Mitteln durch China gewährleistet sein müsste, um der Korruption Einhalt zu gebieten.

Ein weiteres Problem sei die Lieferbindung chinesischer Kredite. Dadurch seien afrikanische Regierungen verpflichtet, von chinesischen Firmen zu kaufen. Das sei selbstverständlich nicht erst von China erfunden worden; Europa, die USA und Japan würden genauso handeln. Nichtsdestotrotz verhindere dies eine Förderung lokaler, afrikanischer Unternehmen.

Vorsichtig müsse man jedoch hinsichtlich der sogenannten Schuldenfalle sein. Anzette Were widersprach dem gängigen Narrativ von afrikanischen Regierungen, die sich durch die Aufnahme

hoher Kredite vollkommen abhängig von China machen würden. In manchen Ländern, wie etwa in Äthiopien, sei die Höhe chinesischer Kredite ein Problem. In den meisten afrikanischen Ländern wären die Volumina chinesischer Kredite im Vergleich zu denen anderer Länder aber nicht zentral. Außerdem liege das Problem zuallererst bei den afrikanischen Regierungen selbst.



Diese würden sich sehr bewusst entscheiden, entsprechende Kredite aufzunehmen. Durch eine Verlagerung der Verantwortung auf China würde man diese aus ihrer Verantwortung entlassen. Nicht zuletzt sei das Narrativ der ‚Schuldenfalle‘ oft auch schlicht fremdenfeindlich: Das Problem werde als ein chinesisches präsentiert. Es führe auch dazu, dass afrikanischen Regierungen die Verantwortung abgesprochen würde, und das sei hoch problematisch.

Das Verhalten vieler chinesischer Firmen im Privatsektor sei teilweise problematisch, meinte Anzette Were und verwies auf illegale Rodungen und Überfischung. Aber afrikanische Unternehmen seien hier genauso involviert und wären dies bereits vor dem Auftauchen der chinesischen gewesen. Es gebe dagegen bereits Gesetze. Das Problem liege jedoch vor allem bei den mangelnden Kapazitäten afrikanischer Staaten, diese Gesetze auch durchzusetzen, wie auch in der Korruption.

Dann gäbe noch Rassismusprobleme und kulturelle Differenzen. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, dass China und Afrika als ‚Kapitalisten‘ erst seit zwanzig Jahren in engerem Austausch stünden und erst seit etwa zehn Jahren signifikant mehr Chines\*innen nach Afrika migrieren würden. Man müsse sehen, wie sich dieses relativ neue Problem weiter entwickele.

Es gebe, bedingt durch eine Geschichte von Sklaverei, Kolonialismus, Imperialismus und anderweitiger Ausbeutung eine gewisse Paranoia auf afrikanischer Seite gegenüber externen ökonomischen und politischen Mächten. Dies, kombiniert mit der oft praktizierten Intransparenz bei chinesischen Engagements, mache die Lage noch komplizierter und Aversionen schlagender. Aber auch dieses Problem sei nicht spezifisch für China sondern gelte auch für andere Großmächte.

Ein allgemeines Problem bei Diskussionen über ‚China in Afrika‘ sei eine Vereinfachung, die sich etwa auch im Titel dieser Veranstaltung zeige. Denn das schlechte Verhalten eines europäischen Unternehmens in Afrika würde nicht unbedingt sofort auch ein schlechtes Licht auf die jeweilige europäische Regierung werfen – bei chinesischen Unternehmen würde das Problem aber oft schnell als ein allgemein chinesisches verstanden. Die Beziehungen seien jedoch vielfältiger und kontextspezifischer – einfache Verallgemeinerungen würden bei ihrem Verständnis nicht helfen.

Aus all diesen Überlegungen folgerte Anzette Were, dass die Verträge chinesischer Investitionen öffentlich gemacht und mehr Augenmerk auf soziale und ökologische Fragen gelegt werden sollten, dass die finanzielle Planung präziser erfolgen sollte und dass Investitionsprojekte keine Lieferbindungen mehr enthalten dürften, damit afrikanische Unternehmen mehr von ihnen profitieren

könnten. Außerdem sollte nach Lösungen im Falle von Kreditausfällen gesucht werden. Was den chinesischen Privatsektor betrifft, sollte die chinesische Regierungen die Unternehmen bei Verfehlungen zur Verantwortung ziehen. Die Unternehmen sollten transparenter agieren und (verbesserte) soziale wie auch ökologische Standards befolgen.



In der anschließenden **Diskussion mit Moderatorin Karin Fischer** betonte Jue Wang, dass sie mit Anzese Were übereinstimme hinsichtlich der Wichtigkeit sowohl afrikanische als auch chinesische Akteur\*innen zu differenzieren. Es gäbe hier eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Interessen und Perspektiven, die keineswegs immer vereinheitlicht werden könnten. Hinsichtlich des Rassismus ergänzte sie noch, dass dies ein großes Problem sei. Aber auch eines, das durch Aufklärung und gegenseitiges Lernen behoben werden könne und müsse. Anzese Were fügte hinzu, dass chinesische Investitionen in Afrika im Speziellen und Süd-Süd-Investitionen im Allgemeinen auch viele Vorteile brächten: So würden chinesische Unternehmen beispielsweise ein viel besseres Verständnis der Informalität vieler Wirtschaftsbeziehungen in Afrika mitbringen. In Kenia seien etwa 83% aller Wirtschaftsaktivitäten informell. Europäische und nordamerikanische Unternehmen hingegen könnten damit oft nur schwer umgehen, so Were. Zur Differenzierung der Akteur\*innen führte sie dann noch das Beispiel der unterschiedlichen Interessen von Händler\*innen und Produzent\*innen an: Während afrikanische Händler\*innen stark von chinesischen Investitionen und Warenflüssen nach Afrika profitieren würden, wäre dies für Produzent\*innen ein Problem. Die Konkurrenz aus China sei nämlich oft sehr wettbewerbsfähig, im Gegensatz zu den lokalen Produzent\*innen.

In der **Publikumsdiskussion** antwortete Wang auf die Frage, wie chinesische Investitionen mit Konfliktdynamiken in Afrika interagieren würden, dass hier chinesische Unternehmen oft Schwierigkeiten hätten. Dies sei auch in anderen Regionen der Fall. Zu Beginn des ‚Neue Seidenstraße‘-Projekts hätte es beispielsweise oft eine recht naive Vorstellung seitens chinesischer Unternehmen gegeben, dass sich die anvisierten Projekte planmäßig und zügig umsetzen lassen würden. Dass dies in Ländern mit einer anderen Regierungsstruktur als der in China aber oft nicht der Fall sei, hätte sich schnell herausgestellt. Aber, betonte Wang, es gäbe solche Schwierigkeiten auch in China: Hier seien es vor allem die Differenzen zwischen urbanen und ländlichen Regionen, die ähnliche Probleme hervorbringen würden.



Ein weiteres Beispiel für die Probleme Chinas bei der Umsetzung von Projekten sei das tansanische Bagamoyo. Hier plant China in Zusammenarbeit mit Oman und Tansania einen großes Hafenprojekt. Warum aber sei hier ausgerechnet das kleine Oman an einem so großen Projekt beteiligt, das China



auch alleine hätte finanzieren können? Wang wies auf die lange historische Verbindung zwischen Oman und Tansania hin, die auch heute noch relevant sei. Deshalb steuere die omanische Seite zum Projekt vor allem die Verbindungen zu und das Wissen über lokale Machtnetzwerke bei. Dies sei entscheidend für China, das solche Verbindungen noch nicht in gleichem Ausmaß hätte.

Das hieße aber auch, merkte Wang an, dass sich Chinas Zurückhaltung, in lokale politische Prozesse zu intervenieren, ändern würde. Diese Zurückhaltung sei bislang immer ein Aushängeschild von



Chinas Investitionspolitik gewesen. Denn es sei unausweichlich, dass China auch in den Zielländern seiner Investitionen politisch Stellung beziehe, wie das Beispiel Bagamoyos und anderer Projekte zeige. Dem stimmte auch Anzette Were zu. Sie wünsche, sagte sie augenzwinkernd, China Gottes Segen in seinem Bemühen, zwischen den engen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik in Afrika zu navigieren.

Eher pessimistisch blickte Wang auf die Aufhebung der Lieferbindung. Dass es fast ausschließlich chinesische Unternehmen seien, die Aufträge im Rahmen von Investitionsprojekten erhielten, würde sich in naher Zukunft nicht ändern, denn das sei ein wichtiger Grund, warum diese Investitionen überhaupt stattfänden. Eine Änderung käme erst, wenn die chinesischen Investor\*innen mehr marktgetrieben agieren würden. Dann würden sie die Aufträge an die kompetitivsten Unternehmen vergeben, und das würden dann nicht unbedingt chinesische sein müssen. Das könnte mit der zunehmenden Integration chinesischer Firmen in den Weltmarkt schon bald der Fall sein.

Dass Chinas Engagement in Afrika immer stärker politische Züge annehme, zeige sich auch an der vor Kurzem errichteten Militärbasis in Dschibuti, ergänzte Anzette Were. Sie fügte aber sofort hinzu, dass sie es leid sei, China für Afrikas Probleme verantwortlich zu machen. Auch wenn China politischen Einfluss nehme, sei es letztlich an Afrika, darauf zu reagieren. Dabei gehe es auch darum, die Kapazitäten afrikanischer Regierungen zu stärken, um Strategien zu entwickeln und nur Verträge abzuschließen, die die Interessen afrikanischer Staaten wahren.

Es gebe ein grundsätzliches Interesse in afrikanischen Gesellschaften daran, was aus Chinas ökonomischer Erfolgsgeschichte gelernt werden könne. Unter anderem habe dies auch zu Diskussionen um die Frage geführt, ob eine Demokratie oder eine Autokratie geeigneter sei, Entwicklung herbeizuführen. Gerade angesichts der vergleichsweise jungen Demokratien in Afrika sei es oft sehr schwierig, langfristige Planungssicherheit zur Umsetzung von Entwicklungsstrategien zu garantieren. Oft würde diese maximal für die Dauer einer Regierung gelten und mit einem Machtwechsel enden, denn es fehle noch an institutioneller, technokratischer Stabilität über Regierungsperioden hinaus. Were unterstützte das Modell einer ‚technokratischen Demokratie‘ und lehnte Autokratie als Entwicklungsform ab. China, so Were, sei derzeit das einzige Land, das Technologietransfer betreibe, inklusive umstrittener Sicherheitstechnologien. Angesichts der

europäischen Kritik daran sei zu fragen, welche Alternativen und Finanzierungsmodelle denn von Europa kämen?

Was die Umweltkosten chinesischer Investitionen betrifft, so sei China bereits sensibilisiert, meinte Jue Wang. Schließlich seien Umweltprobleme auch in China eine große Herausforderung. Aber die Probleme beginnen auf der operativen Ebene, und der Kostenfaktor spiele ebenfalls eine große Rolle. Anzette Were stimmte dem zu und ergänzte, dass auch die lokale Wirtschaft in afrikanischen Ländern zur Umweltverschmutzung beitrage.

Die Situation chinesischer Arbeiter\*innen und ihrer Entlohnung bzw. das Vorhandensein von Mindestlöhnen hänge stark davon ab, in welcher Provinz diese arbeiteten. Reichere chinesische Provinzen könnten sich eine bessere Entlohnung leisten. Gewerkschaften im europäischen Sinne gebe es keine, denn diese seien in China im jeweiligen Unternehmen angesiedelt. In Afrika hingegen gebe es oft sehr hohe arbeitsrechtliche Standards, fügte



Were an. Diese gelten aber nur für den formellen Sektor, also demjenigen, der überhaupt nach offiziellen Gesetzen funktioniere. Kenianische Arbeitskraft etwa sei daher formell sehr teuer. Aber der Großteil der Wirtschaft sei informell und somit auch nicht an Mindestlöhne gebunden.

Abschließend merkte Anzette Were angesichts der westlichen Kritik an Chinas Rolle in Afrika an, dass der Globale Norden sich daran gewöhnen müsse, dass der Globale Süden seine Interessen künftig deutlicher artikulieren werde.

## **Zu den Personen**

**Anzetse Were** ist eine Entwicklungsökonomin und unabhängige Beraterin in Nairobi. Sie arbeitet zu Entwicklungsfragen im Allgemeinen und industrieller Entwicklung im Besonderen. Zu ihren Schwerpunkten gehören regionale Integration, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Afrika und die Auswirkungen von Investitionen. Sie hat an der Brown University (USA) und an der University of Sydney Wirtschaftswissenschaften studiert. Anzetse Were schreibt eine wöchentliche Kolumne für Business Daily Africa, ihre Beiträge erscheinen u.a. im Economist und werden von der BBC, dem China Global Television Network und vielen anderen TV- und Radiostationen am afrikanischen Kontinent verbreitet. Hier finden Sie ihre Artikel: <https://anzetsewere.wordpress.com/>.

**Jue Wang** arbeitet am Institute for Area Studies an der Universität Leiden. Sie forscht zu internationaler politischer Ökonomie mit dem Schwerpunkt China und zu seiner Rolle in regionalen und globalen Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem arbeitet sie zu internationalen Finanzorganisationen sowie internationalen Kooperationen und beschäftigt sich mit der Entwicklung der Schwellenländer. Jue Wang ist auch Associate Fellow des Asia-Pacific Programmes am Chatham House, Royal Institute of International Affairs. Ihre Beiträge zu China und anderen internationalen Themen wurden unter anderem von BBC World News, BBC4 Radio, CGTN, der New York Times und der Times veröffentlicht.

**Karin Fischer** leitet die Abteilung Politik und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz und ist Konsulentin des VIDC. Sie ist die Obfrau des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten und arbeitet zu Nord-Süd-Beziehungen.

**Martina Neuwirth** arbeitet im VIDC zu den Bereichen internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit dem Schwerpunkt der internationalen Steuerpolitik und ihrer Auswirkungen auf sog. Entwicklungsländer.